

Blick nach vorne

Die Pandemie ist noch nicht vorüber, die vierte Welle rollt, Mutationen machen uns große Sorgen. Das Wichtigste ist und bleibt in der gegenwärtigen Lage, dass wir vorsichtig sind, unsere Gesundheit und die unserer Mitmenschen nicht aufs Spiel setzen. Unsere Verbände haben die digitale Umstellung größtenteils bestens gemeistert. Trotzdem fehlt der direkte Kontakt zu den Menschen, das Herzstück unserer Vereins- und Europaarbeit vor Ort. Diese schwierige Zeit stellt uns alle auf eine harte Bewährungsprobe.

Es gibt aber Grund für Optimismus. Das gilt besonders für die deutsche Europapolitik. Das Bewusstsein ist groß, dass es mit der europäischen Einigung vorangehen muss. Das verbindet die neue Bundesregierung mit der sie konstruktiv-kritisch begleitenden nicht-populistischen Opposition. Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien steht expressis verbis, dass Deutschland sich für einen europäischen Bundesstaat stark macht. Hut ab, denn das ist in der Deutlichkeit, in der es dort steht, durchaus ein Novum. Überhaupt spiegelt das Europakapitel des Koalitionsvertrags viel föderalistischen Geist, was nicht allein dem Zufall geschuldet sein mag.

Neben der Europapolitik der neuen Bundesregierung wird auch die Konferenz zur Zukunft Europas ein zentraler Anknüpfungspunkt für unsere weitere Verbandsarbeit sein. Die Europäische Union, so viel steht fest, muss weiterentwickelt werden. Das gegenwärtige Konstrukt ist noch nicht der föderale Bundesstaat, für den wir uns seit unserer Gründung vor 75 Jahren einsetzen.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland ist ein privilegiertes Ort. Denn hier kommen Menschen verschiedenster Herkunft und unterschiedlichster politischer Prägungen zusammen, ob sie nun parteipolitisch gebunden sind oder nicht. Hier begegnen wir uns als Demokratinnen und Demokraten im gemeinsamen Bewusstsein um Deutschlands besondere Verantwortung für Europa und im vereinten Bekenntnis zu den Zielen unserer Programme von Hertenstein und von Düsseldorf. Im Düsseldorfer Programm formulierten wir 2012

damals aktuelle Zielsetzungen, gründend auf Hertenstein und im Geiste des Manifests von Ventotene. Wir standen noch unter dem Eindruck des 2009 in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon, in den Vieles Eingang gefunden hatte, was der Verfassungskonvent für die 2005 gescheiterte Europäische Verfassung vorgesehen hatte. Und am Ausgang der Weltfinanz- und Staatsschuldenkrise standen wir unter dem tiefen Eindruck der Verletzlichkeit unserer Finanz- und Wirtschaftsordnung, mithin auch unserer europäischen Ordnung. Denn mit dem Scheitern des Euro wäre diese in existenzieller Gefahr gewesen. Dieses Bewusstsein hat sicherlich unser Düsseldorfer Programm geprägt, ein Programm, das mitnichten an die Stelle von Hertenstein getreten ist, das uns aber Orientierung gab für die Zehnerjahre.

Seither ist viel geschehen, in unserem Verband – und in Europa. In Europa folgten weitere Krisen, Schlag auf Schlag. Das Urteil über den Zusammenhalt der Europäischen Union ist vielschichtig, sogar ambivalent. Großbritannien ist aus der EU ausgetreten. Gelüste, es anderswo den Briten nachzutun, sind angesichts der Folgen des Brexits – die die Regierung mühsam und erfolglos versucht, hinter den Folgen der Pandemie zu „verstecken“ – aber kaum mehr sichtbar. Angesichts der Krisen sind die Europäer zusammengerückt – dennoch sind in vielen Mitgliedstaaten, die in den Nullerjahren beigetreten waren, Demokratie und Rechtsstaat und wichtige Freiheitsrechte, vor allem die Medienfreiheit, in großer Gefahr.

Fühlbares Misstrauen zwischen den EU-Mitgliedern zeigt, dass die Fliehkräfte zunehmen. Es fehlt an einer gemeinsamen Idee, an einer gemeinsamen Vision. Die Binnenmarktidee war eine solche, die gemeinsame Währung war eine solche. Die Öffnung der Binnengrenzen, zunächst als zwischenstaatliche Regelung, Stichwort Schengen, war eine solche. Alles Leuchttürme der Integration. Von diesen Orientierungspunkten ist aber gegenwärtig nicht mehr viel übrig.

Das ständige Reagierenmüssen auf die vielfältigen Krisen hat offensichtlich einiges an Kraft absorbiert. Sicherlich ist das Programm Next Generation EU ein Beleg dafür, dass die EU noch eine Solidargemeinschaft sein kann.



Am 9. Dezember wurde die Europa-Union Deutschland 75! Von Anfang an wollten wir einen europäischen Bundesstaat und haben Europas Integrationsprozess begleitet. Nun dürfen wir doppelt feiern: Im Koalitionsvertrag verspricht die Ampel-Regierung, sich für einen verfassungsgebenden Europäischen Konvent einzusetzen, der auf die Konferenz zur Zukunft Europas folgen und zu einem föderalen europäischen Bundesstaat führen soll. Was für ein Geburtstagsgeschenk!

Foto: Historisches Archiv der Europäischen Union

Immerhin 750 Milliarden werden gemeinsam mobilisiert, um die Corona-Krise zu bewältigen. Allerdings herrschen auch hier unterschiedliche und kaum vereinbare Auffassungen darüber, ob dies nun der Hamilton-Moment war – die gemeinsame europäische Schuldenaufnahme als Geburtsstunde Vereinigter Staaten von Europa – oder nur eine einmalige Ausnahme.

Es wird auch in unserem Verband unterschiedliche Auffassungen zu dieser Frage geben. Einig sind wir uns aber wohl alle, dass die Europäische Union ebenso wie ein europäischer Bundesstaat zwingend einen funktionierenden gemeinsamen Rechtsraum zur Voraussetzung haben. Und dieser





gemeinsame Rechtsraum kann nur auf den Grundsätzen der freiheitlichen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit gründen. Dies sind Fundamentalvoraussetzungen für alles Bestehende und erst recht für das, was noch kommen mag und wofür wir uns einsetzen.

Eine immer engere Union beschreibt einen hohen qualitativen Anspruch. Das Spannungsverhältnis zwischen Erweiterung und Vertiefung ist alles in allem, das müssen wir heute leider feststellen, nicht genügend aufgelöst worden.

„Wir stehen heute an dem Punkt, über ein föderalistisches Manifest für die 2020er Jahre nachdenken zu müssen.“

Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten wäre allemal besser als fortgesetzte Spaltungen, die über kurz oder lang zu einer kaum noch umkehrbaren Schwächung der europäischen Institutionen führen würden. Ein Europa der konzentrischen Kreise, unterschiedlicher Tiefen der Mitgliedschaft könnte es integrationswilligen Staaten erlauben, endlich wieder Fortschritte in der Souveränitätsteilung zu erzielen. Es könnte auch eine abgeschwächte Mitgliedschaft etwa der Westbalkan-Staaten erlauben und damit Einbindung ermöglichen und Perspektiven eröffnen, die zu einer Stabilisierung dort und in Europa insgesamt beitragen.

Über diese Fragen sollten wir miteinander reden. Wir stehen heute, zehn Jahre nach den Programmarbeiten für Düsseldorf, an dem Punkt, über ein föderalistisches Manifest für die 2020er Jahre nachdenken zu müssen. Hertenstein und Düsseldorf gelten unverändert fort. Aber die Welt 2021 ist eine andere als 2011, Europa steht vor nie dagewesenen Herausforderungen. So vieles hat sich verändert, im Inneren wie im Äußeren, dass wir eine verbandsoffene Debatte über den weiteren Weg der Integration, immer mit dem Ziel des europäischen Bundesstaats, in Angriff nehmen sollten.

Ein föderalistisches Manifest für das kommende Jahrzehnt als weitere Aktualisierung unserer Hertensteiner Grundsätze und unseres Düsseldorfer Programms in den Blick zu nehmen, könnte eine lohnende Aufgabe sein.

*Rainer Wieland MdEP
Präsident der Europa-Union Deutschland*

Die Zukunft wartet nicht Zeit für einen europäischen Bundesstaat!

Die Frage der zukünftigen Ausrichtung der Europäischen Union ist seit vielen Jahren unbeantwortet. Vor allem die Regierungen der Mitgliedstaaten lähmen den Entwicklungsprozess. Da sie in zentralen politischen Themen keine einheitliche Linie finden, ist die EU auf vielen Feldern handlungsunfähig.

Angesichts der existenziellen Herausforderungen, vor denen die Europäische Union und ihre Mitglieder stehen, ist gemeinsames europäisches Handeln überlebenswichtig. Das gilt nicht nur für die EU und ihre Institutionen, sondern auch für die Mitgliedstaaten selbst. Es ist höchste Zeit, das europäische Einigungsprojekt zukunftssicher zu machen.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland fordert den neuen Bundestag und die nächste Bundesregierung auf, mehr Verantwortung für die Gestaltung von Europas Zukunft zu übernehmen. Deutschland als größte europäische Volkswirtschaft und bevölkerungsreichstes Land der EU muss seiner Führungsrolle, gemeinsam mit Frankreich, gerecht werden.

Kurzfristig bedeutet dies:

1. Die Bundesregierung braucht eine effektive Koordinierung und Steuerung der Europapolitik, am sinnvollsten durch eine starke Stelle, welche mit ausreichenden Mitteln und Kompetenzen ausgestattet ist.

2. Alle Möglichkeiten der bestehenden Verträge für ein handlungsfähiges Europa müssen ausgeschöpft werden. Die Bundesregierung soll sich daher für den vollständigen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen einsetzen. Darüber hinaus ist endlich mehr Transparenz für Ratsentscheidungen zu schaffen. Den Bürgerinnen und Bürgern muss klar ersichtlich sein, wie das Abstimmungsverhalten der einzelnen nationalen Regierungen ist.

3. Es ist unabdingbar, dass die verspätet begonnene Konferenz zur Zukunft Europas ausreichend Zeit mit einem fest definierten Ende erhält. In der bisher vorgesehenen Kürze der Zeit können weder tiefgreifende Debatten noch qualifizierte Ergebnisse erzielt werden. Die inhaltliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger muss substantiell und ergebnisoffen sein. Sie darf nicht zur Farce werden. Ob die Konferenz bereits nach einem Jahr endet oder, wie ursprünglich vorgesehen, nach zwei Jahren: Wir fordern einen verbindlichen Umgang mit den Ergebnissen der Konferenz. Dies muss im Wege eines Konvents geschehen.

4. Sollten aufgrund fehlender Einigkeit bei den Mitgliedstaaten Fortschritte im Rahmen des Lissabon-Vertrags nicht möglich sein oder gar ein Konvent im Anschluss an die Konferenz zur Zukunft Europas verhindert werden, hat die Bundesregierung die Aufgabe, mit verantwortungsbereiten Partnern im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit wichtige europäische Initiativen durchzusetzen.

5. Die Bundesregierung muss sich dafür engagieren, dass die Europawahl 2024 mit einem gestärkten Spitzenkandidatenprinzip und einem einheitlichen europäischen Wahlrecht durchgeführt wird. Die Voraussetzungen müssen geschaffen werden, dass die Wählerinnen und Wähler zusätzlich zu den nationalen Listen über eine transnationale Liste abstimmen können.

6. Die Einhaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bei allen Mitgliedern der Europäischen Union ist unverzichtbar. Sofern die essenziellen europäischen Werte gravierend verletzt werden, müssen Sanktionsmaßnahmen nicht nur angedroht, sondern durch die Europäische Kommission als Hüterin der EU-Verträge durchgesetzt werden.

*Beschluss des 64. EUD-Bundeskongresses
vom 13.11.21*

Der Ampel-Vertrag macht Hoffnung

Sollten Taten folgen, stehen wir vor einem großen europäischen Moment

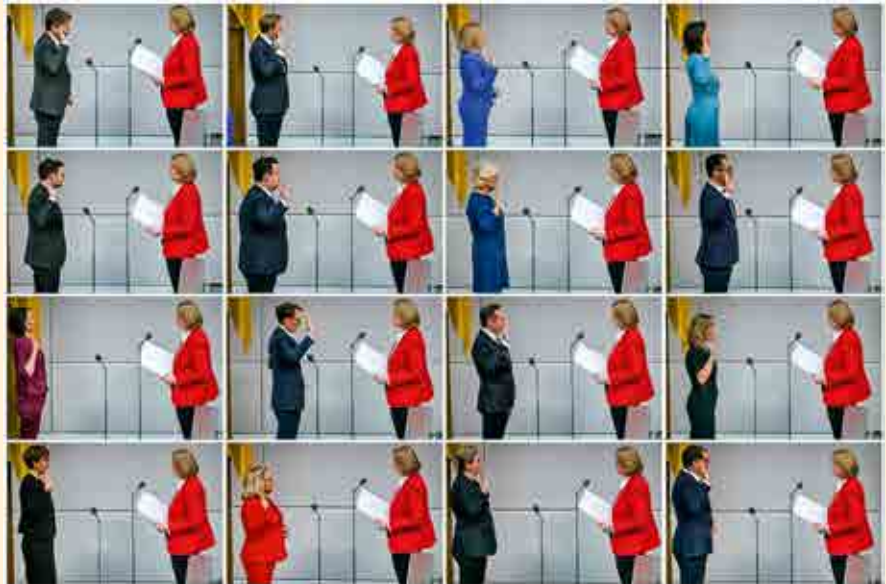
Der Koalitionsvertrag, den SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP vereinbart haben, beinhaltet unsere zentralsten Forderungen und Vorstellungen.

Die Kernaussage lautet: „Die Konferenz [zur Zukunft Europas] sollte in einen verfassungsgebenden Konvent münden und zur Weiterentwicklung zu einem föderalen europäischen Bundesstaat führen, der dezentral auch nach den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit organisiert ist und die Grundrechtecharta zur Grundlage hat.“

Die Koalitionspartner, die eine neue Bundesregierung bilden wollen, setzen sich für einen europäischen Bundesstaat ein, wie wir ihn seit 1946 fordern. Wenn die neue Bundesregierung diese Position ernsthaft gegenüber den europäischen Partnern vertritt, entschieden für ihre europapolitischen Ziele eintritt, dann kann dies ein bedeutender Moment in der Geschichte der europäischen Integration werden.

Erfreulich ist, dass der Koalitionsvertrag auch ein europäisches Wahlrecht in Aussicht stellt mit starken Spitzenkandidaturen und transnationalen Listen. Das Europäische Parlament soll ein Initiativrecht bekommen, der Rat transparenter werden, die Gemeinschaftsmethode die intergouvernementale verdrängen. An die Stelle der Einstimmigkeit im Rat sollen zumindest in der Außen- und Sicherheitspolitik Mehrheitsentscheidungen treten, eine echte europäische Außenministerin oder ein Außenminister sollen den Hohen Bevollmächtigten ersetzen. All dies sind zentrale Forderungen der Europa-Union. Bemerkenswert und vielversprechend erscheint, dass all diese Vorhaben nicht an die Voraussetzung geknüpft werden, dass alle Mitgliedstaaten diesen Weg mitgehen wollen. Dass eine Avantgarde vorangehen muss, wenn es weitergehen soll mit Europa, wird mehrfach betont.

Starkes Augenmerk gilt auch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die im Inneren zu festigen sind, und der Perspektive einer



Sie müssen jetzt Wort halten: Das europapolitische Programm der neuen Regierung ist vielversprechend und erfüllt Forderungen, für die die Europa-Union seit Jahrzehnten kämpft. Die Ministerinnen und Minister der Ampel-Koalition werden sich an ihren Taten messen lassen müssen. Hier bei der Vereidigung durch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas am 8. Dezember (von links oben nach rechts unten): Robert Habeck, Nancy Faeser, Annalena Baerbock, Marco Buschmann, Hubertus Heil, Christine Lambrecht, Cem Özdemir, Anne Spiegel, Karl Lauterbach, Volker Wissing, Steffi Lemke, Bettina Stark-Watzinger, Svenja Schulze, Klara Geywitz und Wolfgang Schmidt.
Foto: Deutscher Bundestag / Tobias Koch

Allianz der Demokratien mit erneuerten, wieder stärkeren transatlantischen Beziehungen im Zentrum.

Europäische Souveränität ist das Ziel dieses neuen Regierungsbündnisses, der Begriff der Autonomie, den gegenwärtig viele in Brüssel im Munde führen, wird tunlichst vermieden. Auch das macht Hoffnung. Denn souverän, handlungsfähig und wirkmächtig soll Europa sein. Autonom darf es nicht sein, wenn es die föderale Idee, die es prägt, ernst nimmt und eine freie Weltordnung verteidigen will. Europa darf sich nicht abschotten.

Die Ziele, die der Koalitionsvertrag nennt, können der Europäischen Union und der ihr zugrunde liegenden Idee neue Strahlkraft verleihen und damit auch einen effektiven Schutzschirm gegen die autoritäre, freiheitsfeindliche Versuchung aufspannen.

Positiv hervorzuheben ist auch, dass der Koalitionsvertrag auf eine aktive demo-

kratisch verfasste, organisierte Zivilgesellschaft setzt und diese stärker zu fördern ankündigt.

Jetzt kommt es darauf an, dass die neue Koalition das geschriebene Wort auch ernst meint. Es ist Zeit für Verantwortung, für die Modernisierung nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas. Es ist höchste Zeit, dass Deutschland sein Gewicht in die europäische Waagschale wirft. Frankreich und viele andere EU-Staaten warten seit Jahr und Tag darauf. Spätestens nach der französischen Präsidentschaftswahl im kommenden Frühjahr ist der Moment für eine neue große Europainitiative gekommen. Diejenigen, die Europa und die Demokratien dieser Welt zu spalten suchen, können so doch noch zurückgedrängt werden. Scheitern darf dieser Anlauf jedoch nicht. Jede neue Regierung hat ihre Chance verdient. Das Ampel-Bündnis wird daran zu messen sein, was der Koalitionsvertrag für Europa verspricht.

Christian Moos, Generalsekretär der Europa-Union Deutschland



Gelungene Premiere Erster digitaler Bundeskongress ist erfolgreich verlaufen

Die Europa-Union ist auf der Höhe der Zeit: Das jedenfalls hat der Verband mit seinem 64. Bundeskongress bewiesen – sowohl angesichts seiner politischen und verbandinternen Entscheidungen als auch mit Blick auf den Tagungsverlauf und den organisatorisch-technischen Rahmen.

Erstmals in der Geschichte der Europa-Union ist der Kongress im virtuellen Raum zusammengetreten. Trotz nahezu zweijähriger Übung und zunehmender Lernkurve mit Online-Formaten war es eine besondere Herausforderung für alle Beteiligten. Immerhin

der Handlungs- und Kommunikationsfähigkeit der Europa-Union in den nächsten Jahren vorgenommen.

So haben sich die Delegierten für eine Verlängerung der Konferenz zur Zukunft Europas und die Einberufung eines europäischen Konvents im Anschluss an die Konferenz ausgesprochen. Der Kongress forderte, dass die EU in der Außenpolitik mit einer Stimme spricht. Dazu müsse auf Grundlage des Lissabon-Vertrags im Rat der EU das qualifizierte Mehrheitsverfahren in der EU-Außenpolitik eingeführt werden. Grundsätzlich tritt die

tion des sozialen Europas, eine Stärkung des Europas der Kommunen und Regionen sowie eine Überarbeitung der schwarzen Liste gegen Steueroasen. Zudem hat sich die Europa-Union bei ihrem Kongress ein Leitbild (s. S. 5) gegeben und mit dem Präsidium eine neue Verbandsspitze gewählt. Neu besetzt wurden auch die Positionen der Kassenprüfer und des Schiedsausschusses.

Die Erwartungen und Forderungen der Europa-Union an die politischen Entscheidungsträger auf Bundes- und europäischer Ebene, die der Kongress formuliert hat, sind



Blick in das „Kongress-Studio“



Fotos: EUD

Hatten die Tagungsleitung fest im Griff: Bundesausschuss-Vorsitzende Katharina Wolf und ihr Stellvertreter Thomas Kopsch führten freundlich und souverän durch den virtuellen Kongress. Hier mit Generalsekretär Christian Moos bei seinem Bericht.

galt es, unter digitalen Bedingungen nicht nur die inhaltlichen Debatten, sondern die Beschlussfassungen und Wahlen mit über 130 Stimmberechtigten datenschutz- und satzungskonform sowie unter Wahrung vereinrechtlicher Regelungen durchzuführen. Das ist gelungen. Der Kongress hat an zwei Tagen zehn Anträge beraten, sich mit seinen Beschlussfassungen zu den aktuellen europapolitischen Herausforderungen positioniert und Weichenstellungen zur Sicherung

Europa-Union für die Einführung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU in allen verbleibenden Politikbereichen ein. Des weiteren sprach sich der Verband für eine Weiterentwicklung des transatlantischen Bündnisses und die Entwicklung einer EU-Strategie gegenüber China aus. Gefordert wurde auch eine ambitioniertere Ausgestal-

unter den entsprechenden Themenbereichen in die Plattform der Zukunftskonferenz eingestellt. Die Beschlüsse sind im Wortlaut außerdem abrufbar auf der EUD-Website: <https://www.europa-union.de/politik/beschluesse/beschluesse-nach-jahren/2021> ■

Neue Führungsspitze

Bei ihrem 64. Bundeskongress wählte die Europa-Union Deutschland Rainer Wieland erneut zu ihrem Präsidenten. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments steht dem Verband seit 2011 vor. Als seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden Gaby Bischoff MdEP, Dr. Claudia Conen und Heinz-Wilhelm Schaumann gewählt. Schatzmeister Prof. Dr. Joachim Wuermeling und Generalsekretär Christian Moos wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Der Bundeskongress bestimmte auch die weiteren Mitglieder des EUD-Präsidiums. Gewählt wurden Harm Adam (Niedersachsen), Christian Beck (Brüssel/Berlin), Linda Bottin (Sachsen), Thiemo Fojkar (Hessen), Thorsten Frank (Bayern), Bernhard Freisler (Baden-Württemberg), Evelyne Gebhardt MdEP (Baden-Württemberg), Angelika Glöckner MdB (Rheinland-Pfalz), Christopher Glück (Baden-Württemberg), Szilvia Kalmár (Berlin/Brandenburg), Enrico Kreft (Schleswig-Holstein), Malte Steuber (NRW), Birgit Wille (Schleswig-Holstein), Florian Ziegenbalg (Baden-Württemberg) und Matthias Zürl (Bayern).

Allen ausgeschiedenen Mitgliedern des Präsidiums gebührt unser herzlicher Dank für Ihr Engagement und die geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren. ■

Leitbild der Europa-Union Deutschland

Leitmotto

Die Europa-Union ist die überparteiliche Bewegung, die sich für eine europäische Föderation einsetzt, die von den Bürgerinnen und Bürger getragen wird. Unser Motto ist: ein vereintes Europa in einer vereinten Welt.

Leitmotiv

Wir, die Mitglieder der überparteilichen Europa-Union Deutschland, verstehen uns als die Vertretung der für Europa engagierten Bürgerinnen und Bürger. Durch unsere Arbeit vor Ort wollen wir die europäische Idee verbreiten und Europa als gemeinsamen Erfahrungsraum erlebbar machen. Unser Ziel ist die Schaffung eines europäischen Bundesstaates auf föderativer und demokratisch-rechtsstaatlicher Grundlage. Wir arbeiten für die Realisierung dieser Ziele mit anderen Verbänden, Organisationen und Institutionen auf allen politischen Ebenen zusammen.

Leitsätze

- Wir wollen Frieden und Freiheit in Europa erhalten.
- Wir fördern die Toleranz und den Gedanken der Völkerverständigung.
- Wir setzen uns für Menschen- und Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein.
- Wir stehen für ein Europa der Freiheit, der Menschenwürde, der kulturellen Vielfalt, des gegenseitigen Respekts und der Solidarität.
- Wir stehen in der Tradition der europäischen Aufklärung.
- Wir sind eine überparteiliche Organisation, die eine offene, konstruktive und wertschätzende Diskussionskultur lebt.
- Wir setzen uns in gegenseitigem Respekt für die gemeinsamen Überzeugungen und Werte des Hertensteiner und des Düsseldorfer Programms ein.
- Wir sind ein demokratisch und föderal verfasster Verband, in dem jedes Mitglied mitwirken und mitgestalten kann.
- Wir setzen uns für die Förderung des Ehrenamtes ein. Wir wirken in alle Bereiche der Gesellschaft hinein, um die europäische Idee zu verbreiten.
- Wir fördern die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der europäischen Integration durch Bildungsarbeit, Reisen und Begegnungen.
- Wir tragen dazu bei, den proeuropäischen Konsens der demokratischen Kräfte in Deutschland und Europa zu stärken und stetig zu erneuern.
- Wir arbeiten generationenübergreifend und unterstützen unsere Jugendorganisation Junge Europäische Föderalisten (JEF) dabei, den proeuropäischen Gedanken in der jungen Generation zu verbreiten.
- Wir sind international vernetzt, insbesondere als Mitglieder der Union Europäischer Föderalisten (UEF) und der Internationalen Europäischen Bewegung.
- Wir organisieren unsere Arbeit so, dass wir wirksam auf die Verwirklichung unserer Ziele hinarbeiten. Wir evaluieren unsere Arbeit regelmäßig.

Sachsen-Anhalt

Europa im Puppentheater

Die AG STAND.PUNKT des Puppentheaters Magdeburg setzt sich engagiert mit aktuellen politischen Themen auseinander. Am 3. Oktober stand das Thema „Europa“ auf der Tagesordnung. Aufgeführt wurde das Stück „Borderliner – Wieviel Grenzen braucht Europa?“. Die AG-Leiterin und Theaterpädagogin Juliane Barz sowie die Berliner Regisseurin und Schauspielerin Katja Hensel suchten hierzu schon Monate vorher das Gespräch mit der Europa-Union Sachsen-Anhalt, um gemeinsam das Programm zu gestalten.

So kam es, dass die „Geburtstagsfeier“ Deutschlands am 3. Oktober mit einem theatralen „Familientreffen“ im Puppentheater gefeiert wurde. Mehrere europäische Länder trafen sich auf der Bühne zu einer Familientherapie, um an ihrer „psychischen Verfassung“ zu arbeiten. Traumata, Vorurteile und tiefe Spaltungen traten zu Tage. Gibt es Rettung für das angeschlagene Europa? Das Berliner Künstlerkollektiv um Katja Hensel zeigte auf unterhaltsame Weise eine seelische Bestandsaufnahme der EU. Zusammen mit dem Landesvorsitzenden der Europa-Union, Thomas Rieke, kamen alle Beteiligten anschließend zur Podiumsdiskussion zusammen, um – ausgehend vom Theaterstück – über die Perspektiven Europas zu diskutieren.

Katja Hensel wird ab März die neue Stadtschreiberin von Magdeburg für das Jahr 2022 sein. Eine weitere Zusammenarbeit der Europa-Union mit ihr – aus dieser neuen Perspektive heraus – wurde deshalb gleich nach der Veranstaltung vereinbart.

Europagespräch

Die Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt hatte am 26. Oktober zu einem Europagespräch in das Literaturmuseum Gleimhaus in Halberstadt eingeladen. Der MDR-Moderator Stefan Bernschein führte



Das Künstlerkollektiv um Katja Hensel (stehend 2. v. l.), gemeinsam mit dem EUD-Landesvorsitzenden Thomas Rieke (stehend links) und der Theaterpädagogin Juliane Barz (vorne rechts), mit zufriedenen Gesichtern nach der Aufführung
Foto: EUD Sachsen-Anhalt

durch das Gespräch zwischen Dr. Michael Schneider, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten in Sachsen-Anhalt, Oberbürgermeister Daniel Szarata und Thomas Rieke, EUD-Landesvorsitzender. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Fragen und Meinungen zu aktuellen Herausforderungen und zur zukünftigen Entwicklung der Europäischen Union. Organisiert wurde die Veranstaltung u. a. vom Vize-

präsidenten der Europäischen Bewegung Sachsen-Anhalt, Daniel Adler, und Jenny Glöckner von den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF).

Verantwortlich: Thomas Rieke



Diskutierten über Europa (v. l.): Dr. Michael Schneider, Stefan Bernschein, Daniel Szarata und Thomas Rieke
Foto: Gerolf Mosemann

Schleswig-Holstein

Tarp

Klimawandel! Sorgen und Ideen

Unter diesem Titel veranstaltete die Europa-Union Tarp eine EU-Zukunftskonferenz online. Details dazu finden sich auf der Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas: <https://futureu.europa.eu/processes/GreenDeal/f/2/meetings/26534>. Der Ortsverband hat sich sehr über das Interesse des Bundespresseamts gefreut. Über unsere Aktivität wird auf dessen Internetseite berichtet: www.bundesregierung.de/breg-de/themen/europa/konferenz-zur-zukunft-europas-1950118. Die lebhafte Diskussion drehte sich um diese Aspekte:

Wir leben heute auf Kosten der nächsten Generation. Was kann die EU tun? Die verheerende Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wie auch die Waldbrände in Südeuropa und der Türkei sind sichtbare Zeichen des Klimawandels. Menschen verlieren Hab und Gut, werden entwurzelt. Die Betroffenen sind nun auf der Suche nach elementaren Bedürfnissen wie Schutz, sauberem Wasser und Nahrung. Katastrophen wie Flut, Hochwasser, Brände, Dürre werden uns alle möglicherweise in bisher unbekanntem Ausmaß treffen.

Katastrophenschutz muss EU-Aufgabe werden mit klar definierten Kompetenzen und Zuständigkeiten. Die Not, ausgelöst vom Klimawandel, wird Menschen dazu bringen, ihre Heimat zu verlassen. Die EU muss Lösungen anbieten, die weniger von Arroganz, dafür aber von Humanität geprägt sind. Der Klimawandel ist ein globales Problem und erfordert globale Antworten. Die einfachen Antworten werden nicht zielführend sein. Die Komplexität macht ein „end to end“ Verständnis unendlich schwer, dennoch sind in Europa Innovationskraft, Kreativität und wirtschaftliche Kompetenz die Stärken, die Hoffnung geben.

Die europäischen Institutionen müssen die Plattformen zur Verfügung stellen, auf

der die bestmöglichen Kräfte in respektvollem Umgang miteinander wissenschaftlich fundierte Antworten entwickeln können. Die konsequente Förderung der Kreislaufwirtschaft ist eine zentrale Aufgabe, die bereits von der EU aufgegriffen ist, jedoch weitere Anstrengungen erfordert. Der Gefahr, dass politische Debatten zu stark von Lobby-Interessen getrieben werden, muss entgegengewirkt werden. Antworten auf den Klimawandel können nur auf wissenschaftlich fundierten und begutachteten Studien basieren.

Grüner Wasserstoff: Geht das mit einem positiven Business Case? Grüner Wasserstoff wird als „Buzzword“ wahrgenommen, das in den Diskussionen aufkommt, wenn keine weitere Idee für die künftige Energieversorgung mehr zur Debatte steht. Das Problembewusstsein ist hoch, dennoch hinken wir mit entsprechender Lösungskompetenz hinterher. Alle Aspekte des Produktlebenszyklus müssen hier bedacht werden.

Die politischen Debatten sollten auf Grundlage wissenschaftlicher und begutachteter Studien geführt werden. Grundlage für Entscheidungen muss echte Expertise sein: Wissenschaftliche und begutachtete Fachliteratur muss Vorrang vor Marketingbroschüren haben. Wissenstransfer und respektvolle Zusammenarbeit brauchen Plattformen, die von den europäischen Institutionen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Energie und Umwelt: Engagement mit Zukunft! Der Klimawandel ist nicht mehr aufzuhalten. Er bedeutet einen Strukturwandel, auf den wir uns einstellen müssen. Neue Tätigkeitsfelder werden sich eröffnen, bestehende Tätigkeitsfelder werden sich vielleicht grundsätzlich wandeln. Das ergibt Chancen, aber auch Herausforderungen. Diese müssen in enger und respektvoller Zusammenarbeit erkannt und auf EU-Ebene angenommen werden. Die Aufklärung über den durch den Klimawandel ausgelösten Strukturwandel muss europaweit in den Schulen starten. Die vielen kreativen Kräfte in Europa müssen gefördert werden; der Wissenstransfer ist ein wichtiger Aspekt und verdient ein geschütztes Umfeld.

Michael Montag

Oldenburg/Holstein

Europäisches Frühstück

Nach coronabedingter Pause hat der Ortsverband am 13. November zum siebten Mal sein jährliches Europäisches Frühstück ausgerichtet. Zum Thema „Macht, Freiheit und Demokratie im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz und der Datenschutz in Europa“ sprach Paul Nemitz, Hauptberater in der Europäischen Kommission. Er war vor ein paar Jahren maßgeblich an der Ausarbeitung und Verhandlung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung beteiligt und hat 2020, zusammen mit dem Journalisten Matthias Pfeffer, das Buch „Prinzip Mensch – Macht, Freiheit und Demokratie im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz“ veröffentlicht. Mit dem schleswig-holsteinischen Minister Jan Philipp Albrecht beteiligte sich ein weiterer Hauptakteur bei der Ausarbeitung der Datenschutz-Grundverordnung an der Diskussion. Albrecht war seinerzeit Mitglied des Europäischen Parlaments und musste als zuständiger Berichterstatter mehrere Tausend Änderungsanträge zum Vorschlag der Kommission zu einem für Mitgliedstaaten und Parlament akzeptablen Kompromiss zusammenführen.

Rund 100 Teilnehmende waren unter 3G-Bedingungen dabei. Nemitz unterstrich die Wichtigkeit einer längerfristigen Perspektive, in der der Mensch im Vordergrund stehen müsse. Es gelte, das „Prinzip Mensch“ durchzusetzen. Auf Regelungen auf europäischer Ebene könne nicht verzichtet werden. Die Erfahrung zeige, dass man auf Selbstregulierung durch die Wirtschaft allein nicht vertrauen könne. Nemitz' Denkanstöße führten zu einer lebhaften Diskussion, in der auch die Sorge um wachsende Überwachung und Beeinflussung des Einzelnen durch Künstliche Intelligenz deutlich zum Ausdruck kam.

Reinhard Priebe



Niedersachsen

Erinnerung an Teilung und Einheit

Die Landesversammlung 2021 fand am ersten Oktoberwochenende in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt statt und wartete mit einem besonders spannenden Beiprogramm auf: Am Vortag der Versammlung wurde das Thema „30+1 Jahre Deutsche Einheit“ aufgegriffen – sprichwörtlich naheliegend, da in unmittelbarer Nähe die Gedenkstätte Marienborn gelegen ist. Eine Besichtigung der Gedenkstätte inklusive Führung machte deutlich, welche „Wunden“ die Teilung nicht nur geografisch, sondern vor allem politisch und zwischenmenschlich aufgerissen hatte. Am Abend gab es ein Gespräch mit Mario Röllig, einem Zeitzeugen und Opfer der Überwachung durch den Staatssicherheitsdienst.

Röllig hält inzwischen weltweit Vorträge zum Thema Überwachung und Unterdrückung in der DDR und führt Besuchergruppen durch die Gedenkstätte Hohenschönhausen – jenes Stasi-Gefängnis, in dem er selbst von 1987 bis 1988 Häftling war. Wie gebannt folgte die Zuhörergruppe Rölligs Worten über seine Kindheit, Jugend und Ausbildung in der DDR – und wie er zum „Objekt“ der „Stasi“ wurde, worauf ein langer Leidensweg begann.

EUD-Generalsekretär Christian Moos hielt den Schwerpunkt Vortrag zum Thema der

Landesversammlung – ein handlungsfähiges Europa im Dienst der Bürgerinnen und Bürger. „Jede Partei, die sich gegen die europäische Idee stellt, egal aus welcher Richtung sie kommt, wird von uns angegriffen“, stellte Moos die Marschrichtung klar. „Wir sind überparteilich, aber nicht unpolitisch.“ So würden Entwicklungen in anderen europäischen Ländern sehr kritisch betrachtet und begleitet, immer in der Hoffnung, dass sich die proeuropäischen Parteien auch in „schwierigen“ Ländern durchsetzen würden. Problem aber bliebe die Nicht-Handlungsfähigkeit der EU in zentralen politischen Fragen. Es gebe zu viele Bereiche, in denen Europa de facto nicht handlungsfähig sei. „Die Migrationspolitik – eine Katastrophe“, nannte Christian Moos als Beispiel. Ein Dauerproblem: „Wir sind nicht handlungsfähig in der Außen- und Sicherheitspolitik, aber das waren wir auch noch nie.“ An einem neuen europäischen Konvent führe auch deswegen kein Weg vorbei.

Einstimmig dafür

Im Zentrum der Delegiertenversammlung standen die Neuwahlen des Vorstands, die in einstimmigen Entscheidungen der 78 Delegierten weitgehend eine Bestätigung des bisherigen Vorstandsteams ergaben. Landesvorsitzender bleibt Harm Adam (Göttingen); als stellv. Vorsitzende wurden Cord Wilhelm Kiel (Hameln) und Bernd Wolf (Hannover) bestätigt, Tobias von Gostomski (Göttingen) neu gewählt. Schatzmeisterin bleibt Anke Fink-Heinemann (Oldenburg), Beisitzer wurden Dr. Alexander Börger (Braunschweiger Land), Marcus Oberstedt (Osterholz), Jeanette Peschel (Vechta) und Gerhard Thiel (Diepholz). Qua Amt in den Vorstand kooperiert sind zudem zwei stimmberechtigte Beisitzer der JEF, derzeit Jan Maris Schleyerbach und Benedikt Spindel.

Einstimmig wurde ein Initiativantrag der JEF gebilligt: „Für einen neuen Aufbruch deutscher Europapolitik“. In diesem Sin-

ne und für ein Europa in den Diensten der Bürgerinnen und Bürger soll die Arbeit des Verbands weitergeführt werden.

Vechta

Ende einer Ära: Wolfgang Zapfe hat sich nicht zur Wiederwahl als Vorsitzender gestellt – nach 30 Jahren an der Spitze des Kreisverbandes Vechta. Sein Nachfolger ist Professor Dr. Peter Nitschke, Politikwissenschaftler an der Universität Vechta. Er erhielt ein einstimmiges Votum der Vereinsbasis, die in der Europahalle des Gymnasiums Antonianum zusammengekommen war. Der Ort – sehr passend: Schließlich war Zapfe von 1981 bis 2008 Leiter des Gymnasiums, das unter seiner Ägide im Jahr 2006



Wolfgang Zapfe, ein Europäer aus tiefer Überzeugung
Fotos: Kiel

zur Europa-Schule wurde. Zapfe war auch der Gründer des Netzwerks der etwa 140 Europaschulen in Niedersachsen sowie von 2001 bis 2017 Vorsitzender des niedersächsischen Landesverbandes der Europa-Union, gehörte außerdem lange dem Bundespräsidium der EUD an. Per Video gab es eine besondere Ehrung: Hans-Gert Pöttering, vormals Präsident des Europäischen Parlaments, sagte, ihm sei kein Beispiel bekannt von einer Person, die 30 Jahre lang einem EUD-Kreisverband vorgestanden habe. „Das ist ohne Beispiel, es verdient unseren Respekt und hohe Anerkennung.“ Auch dies betonte Pöttering: „Sie haben sich immer eingesetzt für ein starkes Parlament, damit es Gesetzgeber in der EU werde.“

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel



Besuch in der Gedenkstätte Marienborn

Berlin

Spurensuche in Pankow

Ende Oktober lud der Landesverband unter dem Motto „Europa im Kiez“ zum Spaziergang durch Alt-Pankow ein. Etwa 20 Teilnehmende folgten bei sonnigem Herbstwetter der Einladung, viele von ihnen Pankower und Pankowerinnen, die durch diese Veranstaltung erstmals auf die Europa-Union aufmerksam geworden waren.

An neun Stationen zeigte sich, welche vielfältigen europäischen Spuren sich im Kiez finden lassen: Von historischen Ereignissen über EU-geförderte Projekte bis hin zu Orten der Begegnung.

So besuchten wir den Amalienpark, wo die berühmte Schriftstellerin Christa Wolf gewohnt hatte, die auch Mitglied der Europäischen Akademie der Künste war. Am Schlosspark trafen wir den Zeitzeugen Hans-Jürgen Misselwitz, der als ehemaliger Staatssekretär im DDR-Außenministerium zur Wendezeit die DDR-Delegation bei den Verhandlungen zum 2+4 Vertrag geleitet hat. Sie fanden teilweise in Pankow statt, in



Frisch gebackenes Brot gab's in der Museumsbäckerei in der Wollankstraße. Sie wurde mit EFRE-Mitteln gefördert. Foto: Ronald Frank

den Gebäuden der heutigen Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

In der Alt-Pankower Kirche berichtete Ruth Misselwitz vom Wirken des Pankower Friedenskreises, der sich seit 1981 für Demokratie und Frieden in Europa engagiert. Weiter ging es zum Rathaus, wo die Gruppe die EU-Beauftragte des Bezirks, Dr. Ute Waschkowitz, traf. Sie stellte die

Europa-Arbeit des Bezirks vor und kam mit den Teilnehmenden ins Gespräch, etwa zur Konferenz zur Zukunft Europas und über die Stärkung der Europa-Kompetenz in der Verwaltung.

In der Jugendkunstschule Pankow wurde uns das Ergebnis des deutsch-polnischen ArtCamps durch den Künstler Martin Enderlein vorgestellt. Beim ArtCamp kommen jedes Jahr Jugendliche aus Pankow und aus der Partnerstadt Kolobrzeg (Kolberg) zusammen und werden künstlerisch aktiv.

Gleich zwei Beispiele von EU-Förderung begegneten uns auf dem Spaziergang: Sowohl die Montessorischule in der Hadlichstraße als auch die Museumsbäckerei in der Wollankstraße wurden mit Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert. In der Bäckerei konnte die Gruppe den Geschichten von Ruthild Deus, ein echtes Pankower Urgestein, lauschen und frisch gebackenes Brot kosten.

Seinen Abschluss fand der Spaziergang bei Kaffee und Kuchen im SprachCafé Polnisch in der Schulzestraße, wo Agata Koch die Arbeit des SprachCafés und seine Bedeutung als europäischen Begegnungsort mitten in Pankow vorstellte.

Verantwortlich: Lisa Kühn

Sachsen

Förderung besiegelt

Am 2. November war es nach einem langen Weg endlich so weit: Der Vertrag zwischen der Europa-Union Sachsen und dem sächsischen Europaministerium wurde unterzeichnet! Die Landesvorsitzende Katharina Wolf und Dr. Cornelius Huppertz, Leiter der Stabsstelle Europa, gaben mit ihren Unterschriften den Startschuss für eine noch intensivere Europaarbeit der EUD und der JEF hier im Land. „Vor allem freuen wir uns, dass wir nun mit diesem Vertrauen des Ministeriums in uns und dem damit verbundenen Geld eine Geschäftsstelle von EUD und JEF in Sachsen aufbauen können“, so die Landesvorsitzende. Damit wolle man vor allem einen zentralen Anlaufpunkt für die europapolitische Bildungsarbeit schaffen. „Wir freuen uns auf alles, was nun neu auf uns zukommen wird.“



Mehr Europa für Sachsen: Katharina Wolf, Dr. Christian Huppertz, Emely Marie Schäfer (v. l.) nach der Unterzeichnung des Vertrages. Foto: Emely Marie Schäfer

Europäischer Salon

Kurz nach den Feierlichkeiten zum 30. Jubiläum des Sachsen-Verbindungsbüro in Brüssel stellte dessen Leiterin, Stefanie Siffert, die Arbeit des Büros beim Europäischen Salon in Dresden vor. Als „Vertretung Sachsens in Brüssel leistet das Büro mit seinen 14 Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeitern wichtige Vernetzungsarbeit nicht nur zwischen Sachsen und den EU-Institutionen, sondern auch zwischen den Regionen der EU-Mitgliedstaaten“, so Siffert. Nach dem Eingangsstatement stand die Konferenz zur Zukunft Europas im Mittelpunkt des Austausches. Die Teilnehmenden diskutierten sehr kontrovers ihre Erwartungen an ein weiteres Zusammenwachsen Europas. Der Europäische Salon ist eine Kooperation mit der Volkshochschule Dresden. Er findet dreimal pro Semester statt.

Der Direktor der VHS Dresden und die EUD-Landesvorsitzende Katharina Wolf laden regelmäßig spannende Gäste zum Gespräch über Europa ein. Am 19. Januar 2022 wird die sächsische Europaministerin Katja Meier zu Gast sein.

Verantwortlich: Katharina Wolf

Baden–Württemberg

Landesversammlung

Die Landesversammlung 2021 fand pandemiebedingt nur eintägig, aber in Präsenz in der Stadthalle Sindelfingen statt. Bei den turnusmäßigen Neuwahlen zum Landesvorstand wurde die Vorsitzende Evelyne Gebhardt MdEP in ihrem Amt bestätigt, vertreten wird sie von David Linse (Mannheim), Dr. Petra Püchner (Stuttgart), Dr. Markus Schildknecht (Rems-Murr), Wolfgang G. Wettach (Tübingen) und Florian Ziegenbalg (Stuttgart). Weitere Vorstandsmitglieder sind: Bernhard Freisler (Schatzmeister, Esslingen), Daniel Frey (Presse, Göppingen), Julian Schahl (Schriftführer, Stuttgart). Als Beisitzerin und Beisitzer wurden gewählt: Carolin Dunkelberg (Freiburg), Fabian Gramling MdB (Ludwigsburg), Dr. Philipp Meyer (Stuttgart), Bennet Müller (Ostalbkreis), Jakob Rauschert (Heidelberg), Nicolai Reith (Tübingen) und Peter Schulze (Mannheim).



Der neugewählte Landesvorstand

Foto: EUD Baden-Württemberg

Bürgerdialog

Im Anschluss an die Landesversammlung fand unter der Überschrift „Europa – wir müssen reden“ der erste Präsenz-Bürgerdialog der Europa-Union Deutschland im Jahr 2021 statt. Nach einer Eröffnung durch den Ersten Bürgermeister der Stadt Sindelfingen, Christian Gangl, diskutierten Evelyne Gebhardt MdEP, Europa-

Staatssekretär Florian Hassler und Renke Deckarm, stellv. Leiter der EU-Kommissionsvertretung in München, mit den 75 Teilnehmenden. Die Bandbreite der Themen reichte von der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Flüchtlingspolitik, der Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten bis hin zur Frage einer europäischen Staatsbürgerschaft.

Landesparteitag

Mit einem Infostand beim Landesparteitag der SPD nahm die Europa-Union ihre Präsenz bei den Parteitagen der proeuropäischen Landesparteien wieder auf. Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt MdEP freute sich über den Besuch mehrerer Abgeordneter und über vier Neueintritte in die Europa-Union, darunter die neue Bundestagsabgeordnete Heike Engelhardt (Ravensburg). Der Landesverband plant bereits seine nächsten Standtermine bei den Landesparteitagen von Grünen, CDU und FDP.

Heilbronn

Hertensteiner Gespräche: Die 5. Ausgabe der Gesprächsreihe wurde rein virtuell statt. Der Kreisverband wurde bei der Organisation wieder von der UEF, dem Bundes- und dem Landesverband sowie der JEF unterstützt. Im Mittelpunkt standen aktuelle Themen, aber auch europapolitische Grundsatzfragen. So beschäftigte sich ein von Konstantin Kümmerle moderiertes Panel mit der Europäischen Bürgerinitiative.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das europäische Selbstbewusstsein beleuchtete der Arzt und Psychologe Prof. Dr. Walther Heipertz. EUD-Generalsekretär Christian Moos und Michael Link MdB diskutierten in ihrem Panel die transatlantischen Beziehungen. Die Perspektive der Vereinigten Staaten von Europa stand im Mittelpunkt des von Javier Giner und Leonhard Reinwald moderierten Panels.

Göppingen

Austausch: Im Rahmen seiner Mitgliederversammlung blickte der Kreisverband nach den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie nach vorne und plante die nächsten Veranstaltungen. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Austausch mit dem Geislinger Landtagsabgeordneten Sascha Binder.

Karlsruhe

Europa-Wanderweg: Zur Wanderung auf dem Europa-Rundwanderweg traf sich der Kreisverband bei bestem Herbstwetter in Dobel. Die Gruppe wurde von Bürgermeister Christoph Schaack und der neuen Tourismusleiterin Rahel Horsch vor dem Kurhaus mit Sekt begrüßt. Unterwegs hörten die Teilnehmenden bei den in den Farben der europäischen Länder bemalten Bänken Anekdoten zu dem jeweiligen Staat.

Junge Europäer – JEF

Kampagne zur Bundestagswahl: Im Vorfeld der Bundestagswahl führten die Jungen Europäer – JEF die Kampagne #NextGenEU durch. Auf Facebook und Webex diskutierten Gunther Krichbaum, Nils Schmid, Renata Alt, Luigi Pantisano und Oliver Hildenbrand über die Zukunft der EU zur Bundestagswahl 2021. Bei Insta-Live-Gesprächen stellten sich jeweils einzeln Jödis Höllnagel, Gökay Akbulut, Valentin Abel und Inge Gräble den Fragen aus dem virtuellen Publikum. Zum Abschluss gaben die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten Wolfgang Schäuble, Saskia Esken, Franziska Brantner, Michael Theurer und Bernd Rieinger ein Statement auf Instagram ab.

Das Buch zum Kreisverband: Dank des Engagements des Vorsitzenden und Autors Heinrich Kümmerle gibt es seit Kurzem ein Buch über die Geschichte der Europa-Union Heilbronn. Das Buch handelt von uns Heilbronnern und der Europäischen Idee und möchte für die überparteiliche und überkonfessionelle Arbeit des Verbands zum Wohle Heilbronn und Europas werben.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Rheinland-Pfalz

Worms

Besondere Musikstunde: Nach einer coronabedingten Pause meldete sich die Europa-Union Worms mit einer kurzweiligen Veranstaltung im Lincoln-Theater zurück, die eine außergewöhnliche Musikstunde bot.

Am Flügel präsentierte Dr. Bernd Braun die „Kinderszenen op. 15“ von Robert Schumann (1810-1856) in Form eines Gesprächskonzerts. Dabei stellte er dem aufmerksamen Publikum historische Quellen vor, die die Benutzung des Metronoms im 19. Jahrhunderts dokumentieren. Mit jenem historisch-kritisch belegten Gebrauch des von Johann Nepomuk Mälzel (1772-1838) konstruierten Geräts ergeben sich viel langsamere Tempi, als es heute gebräuchlich ist. Das klangliche Ergebnis ist eine ungewohnte, aber musikalisch sehr überzeugende Interpretation der 13 Kinderszenen, zu denen die bekannte „Träumerei“ gehört, aber auch weniger vertraute Stücke wie „Haschemann“, „Am Kamin“ oder „Ritter vom Steckenpferd“. Zahlreiche Vereinsmitglieder und Musikinteressierte erlebten dann die unterhaltsame Musik auf neue Art, wobei der Charakter der Werke per Beamer durch passende Briefmarkenmotive veranschaulicht wurde. Auch für diese originelle Präsentation erhielt Braun viel Applaus. Statt eines Kostenbeitrags bat

der Verband um Spenden für zwei vom Hochwasser betroffene Europaschulen im Landkreis Ahrweiler.

Ehrungen: Im Rahmen der Veranstaltung ehrte Kreisvorsitzender Dr. Jörg Koch Hans Uhl für seine 50-jährige Mitgliedschaft und überreichte seiner Vorstandskollegin Ilse Kron-Weber die silberne Ehrennadel der EUD als Dank für ihr jahrelanges Engagement beim Europäischen Schülerwettbewerb.

Mayen-Koblenz

Wahlen und Aufbruch: Die Pandemie hat auch die Europa-Union Mayen-Koblenz hart getroffen – für 2020 geplante Fahrten mussten abgesagt werden, etwa nach Galway, der seinerzeitigen Europäischen Kulturhauptstadt, nach Brüssel zu den europäischen Institutionen und zu weiteren attraktiven Zielen. Termine für Vorträge konnten erst gar nicht vereinbart werden, die Arbeiten zur Vorbereitung waren vergeblich – eine frustrierende Erfahrung, die ähnlich wohl viele Vereine machen mussten.

Auch die für 2020 anstehende Mitgliederversammlung musste ins Ungeheure verschoben werden; eine gesetzliche Ausnahmeregelung ermöglichte es dem 2018 gewählten Vorstand, formal im Amt zu bleiben. Vor kurzem konnte die überfällige Mitgliederversammlung einberufen werden. Mit den Geimpften, Getesteten und Genesenen konnten die

satzungsmäßigen Vorgaben ganz geregelt erfüllt werden: nach Rechenschaftsberichten des Vorstands standen die Neuwahlen an. Bis auf zwei Vorstandsmitglieder stellten sich alle bisherigen Mitstreiter zur Wiederwahl.

Vorsitzender wurde für ein weiteres Mal Dr. Peter Keiner; ihm zur Seite stehen mit Katharina Slabik und Marina Stieldorf zwei Stellvertreterinnen – ein Novum in der Vereinsgeschichte. Die finanziellen Geschicke des Vereins liegen wieder in den Händen von René Haddad, der auch die Geschäftsführung von Lis Pink übernommen hat – seine Rufnummer dient in Zukunft auch als Anlaufstelle für die Teilnahme an Fahrten und Veranstaltungen. Auch Lis Pink bleibt dem Verein zum Glück erhalten, sie wird sich dem Europäischen Schulwettbewerb mit dem gleichem Elan wie schon bislang widmen. Für die Dokumentation der Vereinsarbeit zeichnet erneut Klaus Schäfer als Protokollführer verantwortlich, als Beisitzer komplettieren Rolf Berendes, Lutz Krüger, Thomas Schroeder und Karl-Heinz Weingart das etwas geschrumpfte Gremium.

Den Vorstandsmitgliedern, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Wahl antraten und auch der Versammlung fernbleiben mussten, dankte der Vorsitzende mit herzlichen Worten für die über viele Jahre für das Wohl des Vereins erbrachten Leistungen: Neben dem Dankeschön gab es für Matthias Bierschbach und Wulf Cornelius gute Wünsche und kleine Aufmerksamkeiten, die ihrem Wohle förderlich sein mögen!

Zu guter Letzt skizzierte der Vorsitzende erste Ideen für 2022, etwa eine mehrtägige Fahrt in die östlichen Gefilde Mitteleuropas. Dennoch bleiben die Möglichkeiten, jetzt schon konkretere Abläufe oder Ziele zu planen, angesichts der aktuellen Entwicklung der Pandemie noch sehr begrenzt, steckt doch hinter jeder solchen Planung Etliches an Vorbereitung, die nicht wieder wie 2020 vergeblich sein soll. Dennoch starten wir mit frischem Mut und hoffen: 2022 wird unser Jahr!



Bernd Braun am Flügel

Foto: Norbert Rau

Verantwortlich: Esther Pasternak

Nordrhein–Westfalen

75 Jahre!

Am 30. Oktober feierte die Europa-Union in Nordrhein-Westfalen ein besonderes Jubiläum: ihre 75. Landesversammlung, welche in Herne stattfand. Die Veranstaltung mit etwa 60 Delegierten aus 28 Kreis- und Stadtverbänden blickte auf die Corona-Zeit zurück und brachte die Satzung auf den digitalen Stand der Zeit. Auch wurden ein neuer Landesvorstand gewählt, erneut unter Vorsitz von Peter W. Wahl, sowie viele weitere Ämter besetzt.

Im Veranstaltungszentrum Gysenberg in Herne kamen die Delegierten erstmals seit dem Beginn der Corona-Pandemie in Person zusammen, um die Vereinsgeschäfte zu regeln und den Verband für die nächsten Jahre zukunftsfest zu machen. Neben der Herner Bürgermeisterin Andrea Oehler sprachen auch Frank Heu als Vorsitzender der Europa-Union Herne sowie Joris Duffner als Vorsitzender des Jugendverbandes ein Grußwort zu den Delegierten.

Der Landesvorsitzende Peter W. Wahl zeigte sich bei seiner Begrüßungsrede besorgt über den Zustand in der EU. Er hätte „nicht damit gerechnet, dass sich die europäischen Organe vor dem EuGH beklagen“. Hintergrund seien die ausbleibenden Sanktionen gegenüber Polen wegen der rechtsstaatlich bedenklichen Justizreform. Mit dieser Ansicht setze das Parlament die Kommission in Zugzwang.

Zum Versammlungsleiter wählten die Delegierten Heinz-Wilhelm Schaumann aus Dernau im Ahrtal. Schaumann sprach bewegende Worte zur Flutkatastrophe und schilderte sehr emotional, wie es den Menschen seit dem 15. Juli dort geht. Er selbst verlor nur den unteren Teil des Hauses. Sein Bruder verlor das gesamte Haus. Schaumann musste durch die Fluten schwimmen, um sein Leben zu retten. Dabei rettet er auch das Leben einer betagten Frau. „Lassen Sie die Ahr bitte nicht im Stich“, so Schaumann zum Schluss seiner beeindruckenden Rede.



Der neue Landesvorstand (v. l. n. r.): Peter W. Wahl, Anne Gödde, Frank Heu, Gabriele Tetzner, Joris Duffner, Simon Gutleben, Annerose Pott, Ulrich Beul, Rainer Frickhöfer, Manfred Klein und Heinz-Wilhelm Schaumann
Foto: Markus Schneider

Nach den Berichten, welche insbesondere die Einschränkungen und Herausforderungen während der Corona-Zeit, aber auch die Erfolge dieser Jahre wie die Verfassungskampagne 2020 beschrieben, wurde der Vorstand entlastet. Die Amtszeit war umstande halber auf eine außergewöhnliche Länge von drei Jahren ausgedehnt worden.

Die Delegierten wählten Peter W. Wahl (Bocholt) mit 91,83 Prozent zum neuen Vorsitzenden. Ihm folgen als Stellvertreter Anne Gödde (KV Köln), Gabriele Tetzner (KV Aachen) sowie Rainer Frickhöfer (KV Dortmund). Schatzmeister ist Manfred Klein (KV Monheim am Rhein). Als Besitzer sind gewählt: Ulrich Beul (KV Essen), Uwe Bräutigam (KV Leverkusen), Frank Heu (KV Herne) Annerose Pott (KV Steinfurt) sowie Prof. Dr. Patrick Sensburg MdB a. D. (KV Hochsauerlandkreis).

Darüber hinaus wurden auch zahlreiche andere Ämter neu gewählt, so Kassenprüfer und Schiedsausschuss, die Delegierten in den Bundeskongress und Bundesausschuss und darüber hinaus die Entsendungen in die Landesmedienkommission und den WDR-Rundfunkrat.

Inhaltlich befasste sich die Landesversammlung mit einem Antrag zur Zukunft

Europas, welcher von den Jungen Europäischen Föderalisten eingebracht wurde. Hier wurde beschlossen, die Konferenz zur Zukunft Europas zu unterstützen, mit eigenen Ideen zu begleiten (wie es im Landesprojekt bereits geschieht), aber auch Forderungen an die politischen Entscheidungsträger zu richten. Auch wurde die Vereinsatzung mit einigen Änderungen für die digitale Verbandsarbeit fit gemacht, nachdem Corona hier einige neue Impulse erforderlich gemacht hatte.

Die Versammlung endete mit der Verabschiedung der scheidenden Vorstandsmitglieder und Dankesworten durch den Vorsitzenden. Die Europa-Union war „gerne in Herne“.

Verantwortlich: Simon Gutleben



Mecklenburg-Vorpommern

Neuer Vorstand

Die Landesversammlung hat am 4. September einen neuen Landesvorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist Prof. Dr. Robert Northoff MdL. Sein Vorgänger Jürgen Lippold wurde als Stellvertreter gewählt, ebenso wie Niklas Nienab MdEP und Karin Pingel. Landesgeschäftsführer Ralf-Peter Hässelbarth bedankte sich in einer sehr persönlich gehaltenen Rede bei Lippold für die geleistete Arbeit als langjähriger Landesvorsitzender und für die außerordentlich gute Zusammenarbeit. Sein unermüdlicher Einsatz gerade in jüngster Zeit für die Sicherung der Landesförderung hat die Existenz des Trägervereins und den Weiterbetrieb des Bildungsringes „Europa MV“ erst wieder sichergestellt.

Im Lichte der Landtagswahlen (26.9.) kam der Landesvorstand am 15. Oktober zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt standen Fragen der stärkeren Beteiligung an der Zukunftskonferenz der EU besonders für Schülerinnen und Schüler, aber auch die Rechtsstaatsproblematik mit Polen und die Umsetzung des Green Deal

im Land. In den öffentlichen Debatten zur Bundestagswahl und auch zur Schweriner Landtagswahl spielte leider die Europapolitik nur eine untergeordnete Rolle. Der Landesvorstand hat deshalb einen Beschluss gefasst, der – gerichtet an den neuen Landtag – ein besonderes Augenmerk auf die Europapolitik im Land legt.

Darin wird etwa die Erwartung formuliert, „dass sich der neue Landtag intensiver mit europapolitischen Schwerpunktsetzungen befasst und die Beteiligung an Entscheidungsverläufen mit Bezug zur Europäischen Union transparenter ausgestaltet. Dazu wäre es hilfreich, einen Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union zu bilden, in welchem die europapolitischen Bezüge explizit hergestellt und beraten werden können. Das trüge auch dazu bei, die leider im Land weit verbreitete EU-Skepsis zu mindern und die Beteiligungsmöglichkei-

ten der Bürgerinnen und Bürger bei den EU-Angelegenheiten stärker in den Mittelpunkt zu bringen.“ Darüber hinaus wird angeregt, eine EUD-Parlamentariergruppe im Landtag zu gründen.

Zum Beschluss: www.europa-union-mv.de/fileadmin/files_eud/lvkv/mv/Dokumente/News/2021/2021_10_15Beschluss_EU-Im_Landtag_MV_vom_15102021.pdf

Verantwortlich: Ralf-Peter Hässelbarth



Der neue Landesvorstand (v. l. n. r.): Daniel Rupp (JEF), Niels Gatzke, Prof. Dr. Joachim Gasielki (Ehrevorsitzender), Karin Pingel, Prof. Dr. Robert Northoff, Ole Krüger, Jürgen Lippold; nicht dabei: Niklas Nienab MdEP, Frederic Werner, Fritz W. Rabe
Foto: Kathrin-Susanne Bartel

Saarland

Die EU und das Klima

Am 8. Juli präsentierte der Politologe Ingo Espenschied seine Online-Multi-Media-Show zum Europäischen Green Deal: „Green New Europe: Kann die EU das Klima retten?“

Schafft Europa es rechtzeitig, klimaneutral zu werden? Steigende Meeresspiegel, das Pariser Klimaabkommen von 2015, Fridays for Future oder der Wirkungsgrad von Wasserstoff: Mit diesen Aspekten und weiteren Fragen beschäftigte sich Ingo Espenschied in seiner Dokulive-Produktion, die er zwei neunten und zehnten Klassen präsentierte. Unterstützt wurde diese Veranstaltung durch die Europa-Union Saar, EUROPE DIRECT Saarbrücken und die ASKO Europa-Stiftung.

Mit folgenden Leitfragen wollte die Doku helfen, sich in der aktuellen Situation besser

zurechtzufinden: Wie ist der aktuelle Stand der Wissenschaft? Wer sind die größten Verursacher der Klimaerhitzung? Welche Lösungsansätze sind vielversprechend, und wo sind ihre Vor- und Nachteile? In diesem Zusammenhang liegt ein besonderes Augenmerk auf dem European Green Deal der EU, der Europa bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll. Hat die EU damit wirklich ein Konzept, das zur Bekämpfung des Klimawandels taugt?

Der Live-Stream erfolgte über die Video-Plattform YouTube in einer Mischung aus Studiogespräch und Einspielern. Gleichzeitig konnten die Jugendlichen in einem Live-Chat ihre Fragen an Espenschied stellen, der sie live beantwortete. Es entwickelte sich eine rege Diskussion. Die interaktive Gestaltung durch die Möglichkeit des Austauschs im Chat und der Videokonferenz stieß bei allen auf eine positive Resonanz.

„Auch in den darauffolgenden Unter-

richtsstunden zeigten die Schüler ein reges Interesse an der Problematik, so dass wir diese im nächsten Schuljahr bei den schulinternen Projekttagen mit der Thematik ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ noch einmal aufgreifen und vertiefen werden“, berichtet Didaktikleiterin Susanne Bleimehl, die mit ihren Klassen von der Gemeinschaftsschule Theley an der Veranstaltung teilnahm.

Susanne Bleimehl



Mit Engagement dabei: Die interaktive Videokonferenz zum Green Deal kam bei den Jugendlichen gut an.
Foto: Susanne Bleimehl

Hessen

Zukunftskonferenz war Thema in Lorch

Der Landesverband und der Kreisverband Bergstraße konnten über 50 Gäste zur Präsenzveranstaltung über die Zukunft Europas in Lorch begrüßen. Nach der Eröffnung beteiligten sich die Gäste in drei Arbeitsgruppen: Unter der Leitung des Kreisvorsitzenden Wolfgang Freudenberger wurde zum Thema „Demokratie in Europa“ diskutiert. Landesvorsitzender Thomas Mann übernahm die Moderatorenrolle in der Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ und die stellv. Landesvorsitzende Hildegard Klär koordinierte die Gruppe „Sicherheit“.



In den Arbeitsgruppen wurde intensiv diskutiert.

dere von einer Mitgliedschaft in der EU träumten, würde die Rechtsstaatlichkeit in einzelnen Mitgliedstaaten in Frage stehen, wie zuletzt in Polen.

Menschenrechte: In der Arbeitsgruppe wurden Fragen zur Migration und zum Umgang mit Geflüchteten erörtert. Thema war auch das Ziel einer gemeinsamen EU-Gesundheitspolitik und die humanitäre Bewältigung der Pandemie.

Sicherheit: Europas Verantwortung in der Welt (gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik, Europäische Armee) bildete den Fokus der dritten Arbeitsgruppe, die angesichts globaler Herausforderungen die Rolle der Union für das internationale Gefüge diskutierte.

Veranstalter und Gäste schlossen die Veranstaltung mit dem gemeinsamen Appell an die Zivilgesellschaft, sich aktiv im Mitmachprozess zur zukünftigen Ausrichtung der Europäischen Union einzubringen.

Schwalm- Eder

Mitgliederversammlung: Nach über zweieinhalb Jahren Pause kam der 180 Mitglieder starke Kreisverband wieder „live“ zur Mitgliederversammlung zu-

sammen. Der Landesvorsitzende Thomas Mann warb insbesondere für das laufende digitale Großprojekt „Europas Zukunft“, das allen einen einfachen Zugang zu Politikfeldern wie etwa Wirtschaft, Gesundheit oder Klima ermögliche. Im Rahmen der Vorstandswahlen konnte eine personelle Verjüngung sowie eine breitere Präsenz in der Fläche erzielt werden. Die Vorsitzende Marianne Hühn wurde wiedergewählt, ihr zur Seite stehen Volker Damm, Sabine Schneider-Wagner, Alexander Österreich, Mercedes Thiel

(alle stellv. Vorsitzende), Dirk Kaltschnee (Schatzmeister), Christian Schlein (stellv. Schatzmeister), Roland Hühn (Schriftführer) und Viktoria Wagner (EDV-Beauftragte) sowie kraft Satzung Heinz Wagner (Ehrenvorsitzender). Komplettiert wird der Vorstand durch 18 Beisitzer und einen Ehrenbeisitzer.

Waldeck-Frankenberg

Diskussion zur Zukunft Europas: Vor Ort in Korbach und hybrid im Netz führte der Kreisverband eine Diskussionsrunde zur Konferenz zur Zukunft Europas durch. Zu Gast war die Europaabgeordnete Viola von Cramon-Taubadel. Sie berichtete von den Herausforderungen der ersten Sitzung ihrer Arbeitsgruppe und den guten Impulsen aus den Citizen-Foren im Rahmen der Bürgerbeteiligung. Mit rund 3 Mio. Besuchern und 30.000 aktiven Kommentatoren und Kommentatorinnen habe auch die Online-Beteiligung einen guten Start hingelegt, werde aber noch weiter fortgesetzt.

Im Zuge der Diskussion wurde von den Teilnehmenden (online und offline) über die Bedeutung der Schulbildung, aber auch von Austauschprogrammen und Reisen für Europa diskutiert. In einem sehr aktiven Austausch wurde unter anderem deutlich, dass es eine Online-Plattform für Lehrkräfte, die einen Europaabgeordneten suchen, bereits gibt. Gleichzeitig waren sich alle einig, dass weitere niedrigschwellige Angebote zur Europa-Bildung an den Schulen sehr hilfreich wären. Der Kreisvorsitzende Dr. Lasse Becker hob hervor, wie wichtig das aktive Bekenntnis zur Vision und den Träumen Europas sei. Er hoffe, dass wir bald wieder durch leichteres Reisen einen direkten Austausch nicht nur für Schüler und Studierende, sondern auch für Auszubildende und Berufstätige erleben werden. Zum Abschluss dankte der stellv. Vorsitzende Dr. Jürgen Römer der Referentin für einen kurzweiligen Abend, ihre Bereitschaft, aus Göttingen anzureisen, und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die vielen guten Anregungen in der Diskussion.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Hamburg

Jünger und weiblicher in die Zukunft

Erstmals seit Pandemiebeginn tagte die Mitgliederversammlung der Europa-Union Hamburg wieder in Präsenz. Im Großen Saal der Handwerkskammer Hamburg wählte sie einen neuen Vorstand. Die langjährige Landesvorsitzende Sabine Steppat trat nicht zur Wiederwahl an. Sie wird den Landesverband weiterhin als Mitglied der Delegation zu den Gremien der Dachverbände vertreten. Neuer Vorsitzender ist Lars Becker, langjähriges EUD-Präsidiumsmitglied und vormals JEF-Bundesvorsitzender, der mit 97 Prozent der Stimmen in geheimer Wahl gewählt wurde. Neue stellv. Landesvorsitzende sind Marja de Aguiar, Philip Koch und Verena Reih; neue Schatzmeisterin Merle Andraschko. Als Beisitzerinnen und Beisitzer wurden gewählt: Robert Bläsing, Jennifer Brooks, Laura Frick, Dr. Lea Teczan-Götz, Christian Kisczio und Marina Tcharnensky. Mit den Wahlen hat sich der Vorstand deutlich verjüngt – das Durchschnittsalter liegt bei 35 Jahren – und wird mehrheitlich weiblich geführt.

Der neue Landesvorstand hat sich für die kommende Amtszeit zum Ziel gesetzt, einen Europabezug in die Hamburger Landesverfassung zu schreiben, die Konferenz zur Zukunft Europas lokal zu begleiten und die europapolitische Bildung im Schulbereich zu stärken. 2022 werden die Homepages des Landesverbands, des

Europe Direct Info-Point Hamburg und des Jugendverbandes unter einem Dach zusammengeführt und schrittweise zu einem „Hamburger Europaportal“ ausgebaut. Damit sollen in Zukunft neben EU-Informationen verstärkt regionale Bezüge für die jährlich rund 80.000 Website-Besucher geschaffen werden und mit den „Hamburger Europaterminen“ ein zentraler Veranstaltungskalender für Veranstaltungen mit Europabezug in Hamburg entstehen.

Trotz der Corona-Pandemie blieben die Mitgliederzahlen stabil. Erfreulich auch: die Europäische Kommission und die Stadt Hamburg haben die institutionelle Förderung des Europe Direct Info-Point bis 2025 verlängert.

Ehrungen

Auf Antrag des Landesverbands ehrte der Bundesverband Prof. Dr. hc. Christa Randzio-Plath und Dr. Georg Jarzembowski mit der höchsten Auszeichnung der Europa-Union für ihr langjähriges überparteiliches europapolitisches Engagement innerhalb und außerhalb des Verbands. Der Landesverband verdankt den beiden früheren Europaabgeordneten unter anderem, dass sie dafür sorgten, dass der Verein vor rund 20 Jahren Träger des regionalen Europe Direct wurde. Mit der goldenen Nadel ehrte die Europa-Union Hamburg Dr. Wolfgang Böge, Jürgen Springer und Siegrid Tausend, die sich über lange Zeit auch ohne Vorstandsamt um den Verein und seine Ziele verdient gemacht haben.



Europa-Union
Deutschland

Impressum

5/2021

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30, Fax: (030) 303 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Kathrin Finke (v.i.S.d.P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13.12.2021
Annahmetermin für Ausgabe 1/2022: 17.1.2022
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>



Der neue Hamburger Landesvorstand

Foto: EUD Hamburg

Im inhaltlichen Teil der Versammlung berichtete EUD-Generalsekretär Christian Moos über die Konferenz zur Zukunft Europas und forderte zu mehr Mitwirkung auf. Er wurde per Video aus Berlin zugeschaltet und sprang für Gaby Bischoff und Manuel Sarrazin ein, die beide wegen der Koalitionsverhandlungen kurzfristig absagen mussten.

Verantwortlich: Verena Reih

Kalendervorschau 2022

EUROPÄISCHE EREIGNISSE

Das Europäische Jahr der Jugend: Ziel ist es, jungen Menschen angesichts der Covid-19-Pandemie bessere Perspektiven zu bieten. Den Prioritäten der Jugend soll besondere Beachtung geschenkt werden. Geplant sind öffentliche Maßnahmen und Initiativen für mehr Jugendbeteiligung bei der Politikgestaltung auf EU-, nationaler und lokaler Ebene.

35 Jahre Erasmus-Programm: Das Programm zur Förderung von Bildung, Jugend und Sport gehört zu den größten Erfolgsgeschichten der EU.

65 Jahre Römische Verträge: Am 25. März 1957 wurden der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft unterzeichnet.

EU-Ratspräsidentschaft: Januar - Juni Frankreich; Juli - Dezember Tschechische Republik

Wahlen in EU-Mitgliedstaaten: Frankreich, Lettland, Malta, Schweden, Slowenien, Ungarn

ZENTRALE TERMINE DER EUROPA-UNION DEUTSCHLAND

Gemeinsamer Bundesausschuss von EUD und JEF Deutschland: 12.03.

Europawoche: 30.04. - 09.05.

Präsentation und Europatag der EUD beim Katholikentag in Stuttgart: 25. - 29.05.

Bundeskongress der EUD in Augsburg: 08. - 09.10.



*Die Dänen nennen es „hygge“:
Mit den Lieben beisammen sein,
die Festtage genießen,
ein paar Lebkuchen knabbern
und endlich zur Ruhe kommen
am Ende eines aufregenden Jahres.
Foto: Kathrin Finke*



**Frohe Feiertage
allen unseren Leserinnen und Lesern!**

Die Redaktion von „Europa aktiv“ und
das Team der EUD-Bundesgeschäftsstelle
wünschen Ihnen für das neue Jahr
Gesundheit und Glück – und uns allen
viel Energie und gute Ideen für Europa!

